



DPTV-Umfrage: Auswahl von Aussagen von Patienten und Psychotherapeuten zu Anfragen von Krankenkassen zur Psychotherapie

Aus Datenschutzgründen werden die Namen der Patienten und Psychotherapeuten nicht erwähnt.

Patientin: „Nach einem Krankenstand von drei Monaten wurde ich zu einem persönlichen Gespräch das erste Mal im April eingeladen. Die Beraterin befragte mich über mein Krankheitsbild, worauf ich erklärte, dass ich in Psychotherapie seit Februar bin. Sie wollte wissen, was der Auslöser gewesen sei. Sie riet mir, ich solle einen Auflösungsvertrag mit der Firma machen und mein Arzt würde mir für das Arbeitsamt ein Attest schreiben, so hätte ich keine dreimonatige Sperrfrist vom Arbeitslosengeld. Im Juni bekam ich wieder eine Einladung. Meine Sachbearbeiterin, sie eröffnete das Gespräch mit diesem Satz:“ Sie sind wegen der Arbeit krank.“ Ihre Kollegin hätte das so aufgeschrieben. Ich verneinte und war wieder in Erklärungsspflicht. Ich war emotional so angeschlagen, dass ich weinen musste. Ich war wie auf einem Präsentierteller. Jeder in dem Raum bekam meinen Weinkrampf und das Gespräch mit.“

Patientin: „Die Sachbearbeiterin der AOK (AOK Nordwest) hat mich fast eine Stunde ausgefragt und immer wieder, auch bei meiner Weigerung darauf hingewiesen, dass ich verpflichtet sei, Auskünfte zu geben. Sie wollte wissen, ob ich jetzt wieder arbeiten gehen würde oder ich Rente beantragt habe, ich solle diesbezüglich sofort ärztliche Unterlagen vorlegen. Auch hat sie nachgefragt, ob ich noch Psychotherapie mache und als ich bejahte, ob dies überhaupt noch notwendig sei.“

Psychotherapeut: „Der zuständige Sachbearbeiter der ortsansässigen AOK (Rheinland-Hamburg) setzt schon seit längerer Zeit eine Patientin von mir unter Druck, eine stationäre Therapie zu beginnen, obwohl nachweislich sowohl der mitbehandelnde Psychiater als auch ich der Ansicht sind, dass dies keine Verbesserung bringen wird. Jetzt hat er der Versicherten gedroht, ihr das Krankengeld zu streichen, wenn sie die stationäre Maßnahme weiter ablehnt.“

Psychotherapeut: „Schon vor mehr als zweieinhalb Jahren hatte ich gehäuft Probleme mit örtlichen AOK-Mitarbeitern (AOK Rheinland-Hamburg), die Patienten kurzfristig unter Androhung von Streichung des Krankengeldes einbestellten und massiv über intime private, berufliche und therapeutische Angelegenheiten ausfragten. Die Patienten wurden unter Druck gesetzt und überrumpelt. Es wurde in einem Fall dem betreffenden Patienten auch angeraten, den Hausarzt und die Psychotherapeutin zu wechseln.“

Psychotherapeut: „Die Patientin ist in multimodaler Behandlung und sollte nach einer Krankschreibung stufenweise wieder in ihre Arbeit wiedereingegliedert werden. In der zweiten Woche der Wiedereingliederung habe die AOK (Bayern) den Wiedereingliederungsplan per Fax an den Arbeitgeber aufgehoben, sie solle wieder normal bzw. voll eingesetzt werden. In Telefonaten habe man sich nach ihrem Gesundheitszustand und Zukunftsplänen erkundigt, es sei dabei die Frage gestellt worden, ob sie ihre Arbeitsstelle nicht kündigen wolle. Die Interventionen der AOK sind insbesondere bei Patienten mit Migrationshintergrund und mangelnden Sprachkenntnissen plus psychische Störung eine subjektive Bedrohung.“

Psychotherapeut: "Ich habe gerade von meiner Patientin einen „Gesprächsleitfaden“ der AOK Nordwest zum Thema AU gezeigt bekommen, der klare Anweisungen und Formulierungsvorgaben enthält, welche auch von unseren Patienten berichtet werden, incl. Fragen nach Zufriedenheit mit Arzt/Therapeuten/Therapie; sowie z.B. der Formulierung das Krankengeld werde ja weniger sein, "sie wollen doch auch mal Essengehen können."

Psychotherapeutin: „Bereits innerhalb der ersten 6 Wochen wurde sie (Patientin) von einer Sachbearbeiterin der Barmer GEK (Bayern) angerufen, die die Patientin befragte, wie lange sie noch krank sei und weswegen - ob sie denn Antidepressiva nehme. Als die Patientin verneinte, meinte die Sachbearbeiterin, dass die Patientin dann wohl das Krankengeld nicht bekäme. Die Patientin schilderte die erste Sachbearbeiterin als sehr unfreundlich, ja fast schon bedrohlich in ihren Äußerungen.“

„Nach 7 Therapiestunden Anruf des Sachbearbeiters (BKK Mobil Oil, Bayern) bei der Patientin, wie es ihr gehe, warum sie krank geworden sei, was sie gegen ihre Probleme mache, wie viele Therapiestunden sie bereits gehabt habe, ob es ihr helfe, ob sie Medikamente einnehme, wie lange sie wohl noch krank sei, ob sie wieder an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehre...“

Psychotherapeutin: „Vermutlich eine Fallmanagerin der Barmer GEK (Sachsen) rief einen über mehrere Monate krankgeschriebenen Patienten monatlich an, um sich über sein Befinden und den Verlauf der Behandlung zu informieren.“

Psychotherapeut: „Der Patient berichtet, die Krankenkasse habe mehrfach morgens angerufen. Die Krankenkasse habe von ihr verlangt, einen Reha-Antrag zu stellen. Die Krankenkasse habe ihr die Auflage gegeben, dass sie wieder arbeiten müsse. Die Krankenkasse habe ihr gesagt: "Halten Sie durch, sonst bekommen Sie alles gestrichen, auch die ambulante Therapie."

„Die Pat. berichtete mir gestern, sie habe vor etwa 10 Tagen, also ca. 2 Wochen nach der Entlassung aus der Reha, einen Anruf von der Barmer-GEK erhalten. Der Mitarbeiter habe gefragt, wie lange sie voraussichtlich noch arbeitsunfähig sei. Sie habe doch eine Reha gemacht, jetzt müsste sie doch langsam wieder arbeitsfähig sein. Er werde in 4 Wochen noch einmal anrufen, dann müsse sie aber wieder arbeitsfähig sein. Dies hat bei der Patientin laut eigener Aussage starke Angst hervorgerufen.“

Psychotherapeutin: „Eine DAK-Patientin von mir wurde vor kurzem wochenlang wiederholt von einem Mitarbeiter der DAK telefonisch befragt nach dem Fortschreiten der Psychotherapie, nach dem Ausblick auf das mögliche Ende ihrer Arbeitsunfähigkeit, nach ihrer Bereitschaft, flankierend zur Psychotherapie in eine psychosomatische Klinik zu gehen. Nach dem letzten Gespräch, in dem ihr der Mitarbeiter auftrag, gleich montags zum Arzt und dann in eine Klinik zu gehen, rief sie mich aufgelöst an und bat um Hilfe.“